Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 22 446
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 28. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Januar 2020)

zum Thema:
Berlin: triales Studium

und **Antwort** vom 03. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Februar 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung -

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22446
vom 28. Januar 2020
über Berlin: triales Studium

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat das Konzept des trialen Studiums, bei dem innerhalb von fünf Jahren ein Berufsabschluss, ein Bachelorabschluss sowie ein Meisterbrief erworben werden?

2. In welchen Berufungsgruppen wird in Berlin ein triales Studium angeboten?

3. Falls es noch keine trialen Studiengänge in Berlin geben sollte: plant der Senat, kurz- oder mittelfristig die Etablierung derartiger Studiengänge anzuregen?

Zu 1., 2. und 3.:
Im Land Berlin wird nach den dem Senat vorliegenden Informationen kein triales Studium angeboten.

Bislang wurde weder von der Industrie- und Handelskammer Berlin bzw. der Handwerkskammer Berlin noch von den Berliner Hochschulen Interesse an der Etablierung eines solchen Studienkonzepts geäußert.

4. Falls der Senat das Konzept eines trialen Studiums grundsätzlich ablehnt: welche anderen Wege, um Abiturienten für höhere Qualifikationen in Industrie und Handwerk zu gewinnen, hält der Senat aus welchen Gründen für zielführend?

Zu 4.:
Das Konzept des trialen Studiums wird nicht grundsätzlich abgelehnt, es ist jedoch aktuell nicht Gegenstand von Gesprächen mit den Hochschulen.

Berlin, den 3. Februar 2020

In Vertretung
Steffen Krach
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Wissenschaft und Forschung -